Beschluss Keine Investitionen in neue fossile Infrastruktur - No more gas, no more oil, keep the carbon in the soil!

Gremium:	Landesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum:	24.05.2025
Tagesordnungspunkt:	7. Verschiedene Anträge

Antragstext

I. Die Landesdelegiertenkonferenz von Bündnis 90/Die Grünen Mecklenburg-Vorpommern stellt fest:

1. es gibt mehrere konkrete Vorhaben, neue fossile Infrastruktur in Mecklenburg-Vorpommern zu schaffen und in Betrieb zu nehmen – im Jahr 2025 – also nur 10 Jahre bevor eine vollständige Klimaneutralität in Mecklenburg-Vorpommern nötig ist, damit wir unseren Anteil am Abkommen von Paris einhalten können. Zum Beispiel:
   a. wird im Hafen Rostock derzeit der Bau eines neuen LNG-Terminals vorbereitet. Dieses wurde von einer Tochtergesellschaft des russischen Gasunternehmens JSC Novatek zunächst als „Schiffstankstelle“ geplant und bereits am 26. Oktober 2020 genehmigt. Seit dem 2. Februar 2024 ist jedoch auch der Neubau einer Pipelineanbindung zur Einspeisung des Erdgases geplant. Da die Genehmigung zum 31. Dezember 2028 ausläuft, verfolgt der Investor das Vorhaben mit Hochdruck und plant eine Fertigstellung des Leitungsanschlusses bereits bis Ende 2027. Die Kapazität des als „Small Scale“ oder „Mid Scale“ Terminal bezeichneten Projekts genügt, um 17% des deutschen LNG-Imports abzudecken (Vergleichsjahr 2023).[1]

   b. treiben die Investoren Equinor und VNG in Rostock das Projekt H2GE voran, in dessen Rahmen importiertes Erdgas in Wasserstoff und CO2 aufgespalten werden soll. Das überschüssige CO2 soll abgeschieden und auf Schiffe verladen werden, um mittels CCS vor der dänischen Ostseeinsel Seeland oder vor der norwegischen Atlantikküste in Meeresboden verpresst zu werden.[2] Die Regierungsfraktionen von SPD und LINKEN haben dafür im Juni 2024 den Weg im Landtag freigemacht.[3]

   c. setzt sich die Landesregierung aus SPD und LINKEN für ein neues Gaskraftwerk am Standort Rostock ein.[4] Die Koalitionsverhandlungen im Bund haben zu dem Ergebnis geführt, dass nicht wie von der Ampel geplant H2-ready-Kraftwerke gebaut werden, sondern ausschließlich fossile Gaskraftwerke. Unabhängig davon, dass fossile Energieträger nicht zukunftsfähig sind, muss der Ausbau von Reserve- und Ersatzkraftwerken systemdienlich erfolgen, damit die Energiewende möglichst kostengünstig für alle Bürger*innen erfolgen kann. Expert*innen aus dem Umfeld der Netzregulierung vertreten jedoch die

Ansicht, dass ein solches zusätzliches Kraftwerk in Mecklenburg-Vorpommern nicht für die Versorgungssicherheit erforderlich ist.

2. jede weitere Investition in fossile Infrastrukturen manifestiert die Verbrennung fossiler Energieträger und behindert damit den notwendigen Umstieg auf 100% erneuerbare Energien.

II. Die Landesdelegiertenkonferenz von Bündnis 90/Die Grünen Mecklenburg-Vorpommern bekräftigt die Beschlüsse zurückliegender Landesdelegiertenkonferenzen:

- Energiewende, Umwelt und Tourismus haben Vorrang vor Erdölförderung in Mecklenburg-Vorpommern (15.03.2014)
- Unterstützung der Korbacher Resolution durch den Landesverband Mecklenburg-Vorpommern – Kein Fracking (11.10.2014)
- Divest now! Mecklenburg-Vorpommern muss raus aus den fossilen Energien – Land, Kommunen und Versorgungswerke stecken Millionen in Kohle und Öl (10./11.10.2015)
- Fossile Energieträger im Boden lassen – Erdgaspipeline Nord Stream 2 begraben! (09.09.2017)
- Länder und Kommunen bei der Umsetzung konkreter Klimaschutzmaßnahmen nicht weiter behindern (26.10.2019)
- Das BÜNDNISGRÜNE 10-Punkte-Energie-Programm für Mecklenburg-Vorpommern (24.09.2022)
- Keine fossilen Überkapazitäten schaffen (22.04.2023)
- Energiewende vorantreiben - Erneuerbare ausbauen! (22.04.2023)

III. Die Landesdelegiertenkonferenz von Bündnis 90/Die Grünen Mecklenburg-Vorpommern beschließt:

1. Alle Strukturen von Bündnis 90/Die Grünen Mecklenburg-Vorpommern setzen sich dafür ein, dass künftig keine Investitionen in neue fossile Infrastrukturprojekte mehr erfolgen. Das Geld muss endlich für die Zukunft ausgegeben werden und nicht länger für die Vergangenheit.

2. Insbesondere die Flächen im Rostocker Hafen müssen klüger eingesetzt werden als für neue fossile Kraftwerke oder die Umwandlung von fossilem Erdgas in CO2 und H2.

1https://www.dokumentation.landtag-mv.de/parldok/dokument/63832/8_4601_lng_terminal_rostock_genehmigung

2https://www.vng-handel.de/de/projekt-h2ge-rostock

3https://www.dokumentation.landtag-mv.de/parldok/dokument/60809/8_3746_neu_keine_co2_speicherung_in_mecklenburg_vor-

-pommern_verbot_muss_bleiben_wirtschaftliche_nutzung_aus_co2_abscheidung_ermoegl-i-chen

4https://www.dokumentation.landtag-mv.de/parldok/dokument/63751/8_4559_keine_ungerechtfertigte_bevorzugung_des_sued-ens_bei_der_energiewende